

Ein Blick auf die Wahlen in den Niederlanden

von Johanna Uekermann

Der Wahlabend in der niederländischen Botschaft in Berlin: Der Saal ist dem Anlass entsprechend festlich und in orange hergerichtet. Die Stimmung angespannt, schließlich haben die Prognosen der rechtspopulistischen PVV ein Rekordergebnis in Aussicht gestellt. Nach der ersten Hochrechnung macht sich Erleichterung breit. Geert Wilders und seine rechtspopulistische Truppe bleiben deutlich hinter den Prognosen zurück und sind weit davon entfernt, stärkste Kraft zu werden. Ein Blick in die Gesichter verrät aber auch in aller Deutlichkeit, wer von den Anwesenden es mit der sozialdemokratischen Partij von der Arbeid (PvdA) hält. Die Enttäuschung ist offensichtlich.

Positiv ist festzuhalten: Geert Wilders hat die Wahl in den Niederlanden nicht gewonnen. Mit 13,1 Prozent der Stimmen erreicht die PVV zwar das zweitbeste Ergebnis, bleibt aber deutlich hinter dem prophezeiten Resultat zurück. So gesehen ist die Wahl vorerst Anlass zum Aufatmen und ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen den Rechtsruck in Europa.

Dennoch ist das Wahlergebnis ein Schlag ins Kontor der niederländischen Sozialdemokratie. Die PvdA erreichte lediglich 5,7 Prozent aller Stimmen. Mit künftig neun Sitzen, also einem Verlust von 29 Mandaten, ist das ein historisch schlechtes Ergebnis. Die Chancen auf eine erneute Regierungsbeteiligung sind entsprechend gering, zumal der große Koalitionspartner, die rechtsliberale VVD, den Schulterschluss mit der christdemokratischen, ebenfalls konservativen CDA sucht. Die Wahl in den Niederlanden ist eine erneute Warnung für die vielerorts kriselnde europäische Sozialdemokratie.

Ein Grund für das Wahlergebnis ist sicherlich, dass es Geert Wilders mit seiner hasserfüllten Kampagne gelungen ist, die zentralen Themen der Wahl zu setzen und somit den Takt der gesellschaftlichen Debatte zu be-



↳ Johanna Uekermann ist seit 2013 Bundesvorsitzende der Jusos. Sie ist außerdem beratendes Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Teil der Grundwertekommission der SPD.“

Foto: © Tobias Pietsch

stimmen. Der Wahlkampf wurde zu einer Plattform rechter Hetze, wobei auch andere Parteien – nicht zuletzt VVD-Spitzenkandidat Mark Rutte selbst – rechte Diskurse verstärkten und die Welle der weit verbreiteten Anti-Islam-Stimmung ritten. Ähnliche Mechanismen konnten wir in Folge des Aufstiegs von PEGIDA und AfD auch in Deutschland bereits beobachten. Eine auf die rechten PopulistInnen und deren Agenda fokussierte mediale Debatte in Kombination mit verunsicherten Parteien, die deren Themen mehr hinterherliefen statt eigene Akzente zu setzen, entwickelte sich fast schon zu einem Perpetuum mobile für die AfD. Das niederländische Wahlergebnis vom 15. März zeigt, was es für Auswirkungen haben kann, wenn man das Agenda-Setting den RechtspopulistInnen überlässt. In Deutschland sollten wir es nicht soweit kommen lassen.

Eine weitere Schwierigkeit, mit der die PvdA zu kämpfen hatte, ist auch der SPD nicht fremd: Als Juniorpartner in einer konservativ geführten Regierung fiel es unserer niederländischen Schwesterpartei ungeheuer schwer, ein wahrnehmbares eigenes Profil zu entwickeln und den WählerInnen eine klare inhaltliche Alternative zu bieten. Stattdessen beteiligte sie sich an einem massiven Abbau des Sozialstaates. Der Glaubwürdigkeitsverlust war vorprogrammiert. Linke WählerInnen entschieden sich in der Folge für die sozialliberale D66 oder für GroenLinks, die sich mit ihrem jungen Spitzenkandidaten Jes-

se Klaver als linke Alternative positionierten und eine progressive Aufbruchsstimmung erzeugen konnten. Einmal mehr zeigt sich, dass Regierungsbeteiligungen nur honoriert werden, wenn SozialdemokratInnen mit klarer Haltung und eigenständigem Profil zentrale Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen mit wirksamen Initiativen aus Regierung und Parlament beantworten. Eine Regierungsbeteiligung muss sich nicht in allen Konstellationen positiv auswirken – weder policyseitig noch mit Blick auf die Wahlergebnisse der Sozialdemokratie. Der Gang in die Opposition ist nicht immer gleichbedeutend mit einer Niederlage. Die PvdA muss jetzt dringend ihr Profil schärfen und sich dann auf den Weg machen, neue Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Es spricht einiges dafür, dass der Gang in die Opposition für die PvdA der richtige erste Schritt ist, um die Partei inhaltlich zu erneuern und wieder in die Offensive zu kommen.

Mit der Krise der Sozialdemokratie und dem Erstarren rechter Kräfte ging noch ein weiteres Problem einher: Viele Menschen in den Niederlanden zweifelten an dem Konzept eines freien und solidarischen Europas mit offenen Grenzen. Um dem entgegenzutreten, braucht es endlich wieder eine positive Erzählung von Europa. Ein Gegenmodell zu dem angeblich überregulierenden Bürokratiemonster. Gerade die sozialdemokratischen Parteien müssen Europa wieder zu einem Hauptanliegen machen und die positiven Aspekte nach vorne stellen: Offene Grenzen, gemeinsame Werte, Frieden. Doch das allein wird nicht reichen. Die Zukunft Europas zu einer politischen Frage zu machen heißt, den inhaltlichen Streit über das richtige Europa zu führen. Das bedeutet, jetzt und heute mit Austeritätspolitik und schwarzer Null zu brechen und neue Wachstumsimpulse zu setzen. Und das heißt, auch auf EU-Ebene Gerechtigkeitsfragen zu adressieren, gemeinsame Sozialstandards zu schaffen und so das Soziale Europa zu bauen.

Ein weiteres Signal sollten wir aus den Niederlanden mitnehmen: Die enorm hohe Wahlbeteiligung von 81 Prozent zeigt eine

Repolitisierung, die wir quer über den Kontinent und auch in Deutschland erleben. Das Erstarren der RechtspopulistInnen, Brexit, Trump: Viele BürgerInnen merken, dass für selbstverständlich gehaltene Errungenschaften nicht mehr selbstverständlich sind. In den Niederlanden haben die hohen Umfrageergebnisse für Wilders viele Menschen an die Wahlurne gebracht. Sie wollten eine Machtoption der PVV unbedingt verhindern und haben das mit ihrer Stimme getan.

Trotz aller Enttäuschung über das Abschneiden unserer niederländischen GenossInnen gibt es keinen Grund, jetzt den Kopf in den Sand zu stecken. Im Gegenteil! Wir leben in politischen Zeiten. Bessere Zeiten kann es für SozialdemokratInnen nicht geben. Über 16.000 Neumitglieder sind nicht in den Schulzug eingestiegen, weil sie uns für das geringere Übel halten, sondern weil sie für die offene Gesellschaft eintreten und mehr Gerechtigkeit streiten wollen. Nehmen wir die Herausforderung an und kämpfen mit breiter Brust und geradem Rücken für unsere Überzeugungen! Dann erreichen sozialdemokratische Parteien in Europa andere Wahlergebnisse als am 15. März in den Niederlanden. Dann gewinnen wir die Bundestagswahl im September und fügen der AfD eine krachende Niederlage zu. ■